

Standortforum Umweltwirtschaft Niederrhein

25. August 2016, IHK Mittlerer Niederrhein, Krefeld

Potenziale erkennen, Bedürfnisse adressieren, Wettbewerbsfähigkeit sichern: Unter diesen thematischen Schwerpunkten fand das Standortforum Umweltwirtschaft am 25. August 2016 in den Räumen der IHK Mittlerer Niederrhein in Krefeld statt. Rund 40 Unternehmensvertreter und Fachleute aus den Bereichen Politik und Wissenschaft diskutierten gemeinsam über die Bedeutung der Umweltwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Niederrhein.



In seiner Begrüßung betonte **Dr. Ron Brintzer**, Geschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein, die Wichtigkeit, die Wirtschaft als zentralen Akteur des Umweltschutzes zu begreifen. Nur mithilfe der Unternehmen könne es gelingen, die von der Politik definierten Umweltschutzziele auch wirklich zu erreichen. Hier setzten der Umweltwirtschaftsbericht NRW und die daraus resultierende Umweltwirtschaftsstrategie an, die auch die konventionelle Wirtschaft und ihre



Leistungen für den Umweltschutz berücksichtige. Dies sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

„Ökologisch besser ist schön, aber es muss auch eine wirtschaftliche Basis haben“, so **Alexandra Landsberg**, stellvertretende Abteilungsleiterin im Umweltministerium NRW. Sie betonte zum Einstieg der Veranstaltung, dass Produkte der Zukunft auf den Umweltschutz und auf die Wirtschaftlichkeit setzen müssten. Aus diesem Grund sei die Umweltwirtschaftsstrategie des Landes NRW auch ressortübergreifend aufgesetzt und werde in enger Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium vorangetrieben. Außerdem hob Landsberg das Potenzial hervor, das die Umweltwirtschaft für die Region biete. Als ein Beispiel sei hier die Aluminium Norf GmbH zu nennen, die bereits heute eine sehr hohe Recyclingquote aufweise.

Oliver Lühr von der Prognos AG, stellte in seinem Vortrag die spezifischen Erkenntnisse aus dem Umweltwirtschaftsbericht NRW vor, die auf die Region Niederrhein zutreffen. Zunächst biete der Bericht eine bisher nicht vorhandene Datengrundlage, die es ermögliche, die landesweite Umweltwirtschaft strategisch weiterzuentwickeln. Wo liegen Stärken, wo Chancen – für Teilmärkte und Regionen halte der Bericht aussagekräftige Informationen bereit. Der relevanteste Teilmarkt für die Region Niederrhein ist mit über 10.200 Erwerbstätigen „Materialien, Materialeffizienz und Ressourcenwirtschaft“. Der Teilmarkt weise mit 3,2 Mrd. Euro die stärkste Umsatzentwicklung auf. Eine besondere Bedeutung für die Region spiele das Agrobusiness. Das spiegelt sich in der Stärke des Teilmarktes Umweltfreundliche Landwirtschaft wider. Insbesondere der Ökologische Landbau weise hier einen hohen Grad an Spezialisierung auf. Der Umweltwirtschaftsbericht werde in diesem Zusammenhang die Rolle der konventionellen Landwirtschaft stärker berücksichtigen.

Keynote

„Die Stadtwerke sind ein wichtiger Akteur der Umweltwirtschaft in Krefeld und in der gesamten Region“, betonte **Carsten Liedtke**, Sprecher des Vorstandes der SWK Stadtwerke Krefeld AG, in seinem Vortrag. In den Bereichen Energie & Wasser, Entsorgung & Verkehr sei der Betrieb mit rund 2.600 Mitarbeitenden stetig dabei, sich aktuellen Herausforderungen zu stellen und innovative Lösungen zu entwickeln. Insbesondere die Energiewende stelle herkömmliche Energieversorger vor schwierige Aufgaben. Zu den Schlagworten gehörten hier die Dezentralisierung, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung. Die Stadtwerke Krefeld setzten deshalb auf die dezentrale Energieversorgung (z.B. Wind, Fotovoltaik), auf intelligente Netze (z.B. Smart Grid) und auf dezentrale Kundenprodukte (z.B. Speicher). Wichtig sei, dass die althergebrachten Verteilernetze zunehmend als Einspeisernetze verstanden und umgerüstet werden. Ein weiterer Schwerpunkt werde außerdem auf das Energiepotenzial von Abfall gelegt: Müll und Klärschlamm seien wichtige Wertstoffe der erneuerbaren Energie. Darüber hinaus gelte es, die Digitalisierung als Chance zu begreifen und Produkte und Techniken für den Smart Market zu entwickeln. Mit diesen Maßnahmen schafften es die Stadtwerke Krefeld, sich nicht



nur als „Dienstleister“, sondern als aktiver Gestalter der Energiewende vor Ort zu positionieren.

Fachspezifische Inputs

Was ist Agrobusiness und was bedeutet der Wirtschaftszweig für die Region Niederrhein? Diese Frage beantwortete **Dr. Anke Schirocki**, Geschäftsführerin Agrobusiness Niederrhein e.V., in ihrem Impulsvortrag. Das besondere am Agrobusiness sei, dass sie die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette im Blick habe, also vom Zulieferer, der Landwirtschaft bzw. dem Gartenbau bis hin zur Nahrungsmittelherstellung sowie der anschließenden Logistik und Vermarktung. Hervorzuheben sei, dass NRW bundesweit zum Gartenbauland Nummer eins gehöre. In der Region Niederrhein sei eine besondere Stärke der Unterglasanbau und die Zucht von Gemüse und Zierpflanzen: Fast die Hälfte der Gewächshäuser NRWs für Gemüseanbau befänden sich in der Region Niederrhein, für Zierpflanzen sogar rund 70 Prozent. Dr. Schirocki stellte heraus, dass im Umweltwirtschaftsbericht NRW zwar die ökologische Agrartechnologie und die ökologische Landwirtschaft zur Umweltwirtschaft gezählt werden, nicht aber die konventionelle Landwirtschaft. Dabei bestünde hier ein großes Potenzial. Viele der Anforderungen würden ohnehin bereits erfüllt. So werden beispielsweise zunehmend effizientere Beregnungs- und Kühlverfahren eingesetzt oder Verpackungsmaterialien aus erneuerbaren Materialien verwendet. Die konventionelle Landwirtschaft sollte, wie bereits die ökologische Landwirtschaft, stärker in den Fokus der Umweltwirtschaftsstrategie gesetzt werden.

Dr. Peter Jahns, Geschäftsleiter der Effizienz-Agentur NRW, konzentrierte sich in seinem Impulsvortrag auf den Teilmarkt Materialien, Materialeffizienz und Ressourcenwirtschaft und erörterte die Frage nach nachhaltigen Wachstumsperspektiven. Ressourceneffizienz bedeute der Definition nach weniger Materialverbrauch, weniger Energiebedarf, weniger Umweltbelastung und, zu guter Letzt, auch weniger Kosten. Ressourceneffizienz sei also nicht nur ein Thema des Umweltschutzes, sondern auch der Wirtschaft, trage sie doch zu einer besseren Wirtschaftlichkeit und Rentabilität von Produkten bei. Ressourceneffizienz gelte es von Beginn an, schon bei der Produktentwicklung mitzudenken. Je nach Produkt könne dann der Rohstoffinput überprüft und angepasst werden. Ebenfalls effizient seien die Verlängerung der Produkthaltbarkeit und seine anschließende Wiederverwertbarkeit: Optimalerweise ließen sich alle verwendeten Stoffe wieder in den Wertstoffkreislauf zurückführen. Doch nicht nur die Wirtschaft, auch der Konsument sei gefragt. Das Konsumentenverhalten müsse sich dahingehend ändern, offen für effizient produzierte Waren zu sein, statt nur auf den Preis zu schauen und das günstige Produkt zu kaufen.

Im letzten Impulsvortrag vor der gemeinsamen Diskussionsrunde mit allen Veranstaltungsteilnehmern referierte **Christoph Epe**, Geschäftsführer SWK Netze GmbH und SWK SETEC GmbH, über intelligente Netze. Auch er beschrieb die Herausforderung, vor der Energieversorger heute stünden: Die bestehenden Netze seien zwar robust, aber nicht mehr für die heutigen Anforderungen tauglich. Es



gelte, neue, intelligente Lösungen und das alte Netzsystem zusammenzubringen. Dies sei keine leichte Aufgabe vor dem Hintergrund einer zunehmend dezentralen Einspeisung in die Netze, neuer Kundentypen und immer komplexerer Verteilungsstrukturen. Um Lösungen zu finden, wurde in der Gemeinde Wachtendonk im Landkreis Kleve ein Forschungsprojekt initiiert. Die 8.000-Einwohner-Gemeinde weise eine hohe Zahl an dezentralen Einspeisern aus Photovoltaik- und Windkraftanlagen auf. An neuralgischen Knotenpunkten des Stromnetzes werden nun Messdaten erfasst. Dafür wurden in Kabelverteilerschränken Messgeräte installiert. Mittels Powerline-Kommunikation gelangen die Messdaten über das Niederspannungsnetz zur Ortsstation und von dort weiter zum Netzbetreiber SWK. Mit den nun verfügbaren Daten kann die SWK als Netzbetreiber ihr Stromnetz zielgenauer steuern und besser auslasten. Dank der Echtzeitanalyse und -kommunikation ist der Netzbetreiber in der Lage, sofort auf unkalkulierbare Leistungs- und Spannungsschwankungen im Netz zu reagieren. Darüber hinaus ermöglicht dem Netzbetreiber die Analyse der gewonnenen Daten, eine nachhaltige Netzplanung durchzuführen. Bei solchen Lösungen gelte es aber zu bedenken, dass intelligente Netze teurer und wartungsintensiver seien und darüber hinaus eine kürzere Lebensdauer hätten als die althergebrachten, robusten Netze. Das Fazit von Epe lautete deshalb: So wenig smart wie möglich und so wenig Datenerhebung wie nötig.

Gemeinsame Diskussion

Moderatorin Beate Kowolik lud anschließend alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, eigene Ideen zur Weiterentwicklung der Umweltwirtschaft am Niederrhein zu äußern. Der erste Beitrag knüpfte direkt an den Input von Christoph Epe an und griff einen Vorschlag für die dezentrale Energieversorgung auf. So ist es technisch möglich, Gülle in Pellets zur Energiegewinnung umzuwandeln und zu nutzen. Durch Trocknungsverfahren entstünden aus der Biomasse die Brennstoffpellets. Auf diesem Weg könne ein Energieträger produziert werden, der dezentral einsetzbar ist. Die Gülle müsste nicht mehr großflächig ausgefahren werden, was im Hinblick auf die Grundwasserbelastung in ländlichen Regionen, wie beispielsweise dem Kreis Kleve, einen echten Gewinn darstellen würde.

Eine Teilnehmerin berichtete, dass ein Studierendenprojekt aus der Region im Zusammenhang mit alternativen Verpackungen vielversprechende Ansätze entwickelt hätte. Alternatives Verpackungsdesign ermöglicht es, durch innovative Materialauswahl und -verarbeitung Ressourcen einzusparen. Was jedoch fehle, sei ein Impuls, damit die Ideen auch umgesetzt werden könnten. Dr. Jahns verwies darauf, dass sich bei aller Innovationskraft, Produkte heute einer globalen Konkurrenz ausgesetzt sehen. Bei jeder Wirtschaftlichkeitsberechnung müsse man deswegen auch Produktionskosten in sogenannten Billiglohnländern berücksichtigen.

Von einer Teilnehmerin wurde der Zuschnitt des Teilbereichs Umweltfreundliche Landwirtschaft im Umweltwirtschaftsbericht NRW kritisiert. Bauern seien als Unternehmer um die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe bemüht. Aus



diesem Grund würden sie auf die Ressourceneffizienz zwangsläufig Wert legen. Alexandra Landsberg verwies auf Überlegungen, den Zuschnitt dieses Teilmarktes im kommenden Umweltwirtschaftsbericht anzupassen.

Christoph Epe brachte abschließend noch eine eigene Idee in die Runde ein. Die Stadtwerke kämpfen mit starken Schwankungen in den Netzen. Um die Netzbelastung besser steuern zu können, schlug Epe vor, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu „netzkonformen“ Verhalten anzuspornen. Sei ein Energieüberschuss im Netz – weil zum Beispiel die Sonne scheine und gleichzeitig viel Wind wehe – könnten Verbraucher für den eigenen Stromverbrauch belohnt werden. Sei wenig Strom im Netz müsste eine Belohnung für das Einsparen von Strom erfolgen. Der Kunde bekäme angezeigt (zum Beispiel durch eine aufleuchtende Lampe), wenn zu viel Strom im Netz vorhanden sei. Dies sei technisch ohne größeren Aufwand umsetzbar. Zur Belohnung könnten Prämien ausgelobt werden. Auf diese Weise würden Netzschwankungen intelligent ausgeglichen.

Podiumsdiskussion: Potentiale erkennen – Bedürfnisse adressieren – Wettbewerbsfähigkeit sichern

Rainer Thiel, Mitglied des Landtages, eröffnete die Runde mit der Feststellung, dass es wichtig sei, in einer Industriegesellschaft, wie der unseren, energieintensive Betriebe nicht zu benachteiligen. Wichtig sei, deren Beitrag zu effizienteren Produkten wertzuschätzen. So gebe es Stahlwerke mit einem hohen Recyclinganteil. Die Stahlindustrie habe darüber hinaus einen Beitrag daran, Produkte durch Einsatz leichter, stabiler Materialien insgesamt ressourceneffizienter zu gestalten. Er begrüßte den Ansatz im Umweltwirtschaftsbericht, die Wertschöpfungsketten, also den gesamten Produktionszyklus, eines Produkts zu betrachten.

Dr. Ron Brinitzer befürwortete die Initiative des Umweltministeriums NRW, den Beitrag der Wirtschaft für Klima- und Umweltschutz herauszustellen. Für Industriebetriebe sei ressourceneffizientes Handeln ohnehin gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Handeln. Gleichzeitig mahnte er, die z.T. heterogenen Wirtschaftszweige der Querschnittsbranche nicht von oben zum Netzwerken „zu zwingen“. Die thematische Bandbreite der Clusterlandschaft in NRW sei bereits ausreichend. Außerdem stellte er fest, dass das System in Teilen überreguliert sei. Im Sinne der Unternehmer forderte er vom Gesetzgeber eine klare Linie. Einige Verordnungen unterschiedlicher Ressorts würden sich in Ihrer strategischen Ausrichtung teilweise widersprechen. Außerdem erschwerten die Novellierungen von Verordnungen häufig die langfristige Planung für Unternehmen.

Alexandra Landsberg stellte klar, dass die Umweltwirtschaft einen Auszug der Gesamtwirtschaft markiere. Der Umweltwirtschaftsbericht zeige, dass die Nachfrage nach Produkten der Umweltwirtschaft hoch sei, da die Unternehmen der Branche überdurchschnittliches Wachstum generierten. Darüber hinaus habe die Umweltwirtschaft mit 320.000 Erwerbstätigen ökonomisch als auch politisch ein



großes Gewicht und sollte daher ihre Interessen selbstbewusst geltend machen. Die Querschnittsbranche sei für Nordrhein-Westfalen, zum ersten Mal dezidiert analysiert worden, was einen Überblick über die Unternehmenslandschaft erlaube.

Dr. Anke Schirocki unterstrich die Wichtigkeit für Unternehmen, sich in Netzwerken zu engagieren. Der intensive, gegenseitige Austausch werde von vielen Unternehmern zunehmend als wichtig eingeschätzt. Bedeutend sei es, Netzwerke effizient zu gestalten. Unternehmer würden sich berechtigterweise einbringen, wenn ein klarer Nutzen erkennbar wäre, da sie in der Regel nur über einen begrenzten Zeitrahmen verfügten.

Dr. Peter Jahns erläuterte den Mehrwert für Unternehmen an einem Beispiel aus einem Gewerbegebiet. Hier gibt es Anreize für Unternehmen in Netzwerken zu kooperieren. Einsparpotenziale gebe es zum Beispiel bei dem Austausch von Reststoffen zwischen den Unternehmen oder bei der Nutzung von Nah- oder Abwärme. Hier prüfe die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr im Projekt „Ressourceneffiziente Gewerbegebiete“ gerade, an welchen Stellen Ressourcen und somit unnötige Kosten in den Gewerbegebieten eingespart werden könnten.

Diskutiert wurde auch über die Frage, wie Innovationen ihren Weg schneller in den Markt finden.

Ein grundsätzliches Problem sei, dass der Gesetzgeber immer einen Schritt den Entwicklungen in der Wirtschaft zurück sei. Innovationen böten aber per se etwas Neues. Die Zeit, bis Gesetze und Verordnungen angepasst würden, hätten Unternehmen oft nicht zur Verfügung.

Dr. Anke Schirocki kritisierte, dass Behörden in der Regel zu wenig Mut bei der Umsetzung von Best Practices zeigen würde. Viele Innovationen, so bedauerte auch Alexandra Landsberg, würden an bürokratischen Hürden scheitern. Eine Möglichkeit für innovative Unternehmen, um Modelle zur Praxiserprobung über einen bestimmten Zeitraum zu testen, böte die Experimentierklausel in der Gemeindeverordnung NRW. So seien zeitlich begrenzte Ausnahmen von organisations- und haushaltsrechtlichen Vorschriften eines Gesetzes oder Rechtsverordnungen möglich.

Zur Schlussrunde forderte Moderatorin Beate Kowollik die Podiumsteilnehmer auf, Forderungen an das Umweltministerium NRW zu formulieren, die bei der Erarbeitung des Masterplans Umweltwirtschaft einfließen sollen.

Carsten Liedtke brachte aus der Erfahrung seiner Tätigkeit bei den Stadtwerken Krefeld Vorschläge ein. Zunächst müsse das Vergaberecht verbessert werden. Die Zeitspanne bis zur Genehmigung der Förderanträge sei momentan viel zu lang. Auch bei Förderanträgen und -abläufen für Innovationen muss häufig ein hoher bürokratischer Aufwand in Kauf genommen werden. Diesen Mehraufwand würden viele Unternehmen scheuen. Vergaberechtliche Förderungen für Unternehmen wurden bereits entbürokratisiert, entgegnete Alexandra Landsberg. Sie stimmte aber dieser Herausforderung grundsätzlich zu und sieht auch zukünftig Anstrengungen für eine Vereinfachung der Verfahren.



Als dritten Punkt nannte Liedtke die Reform der Gemeindeordnung und hier insbesondere des Paragraphen §107, der Stadtwerke in NRW gegenüber privaten Anbietern oder Stadtwerken anderer Bundesländer benachteilige.

Schließlich sei auch das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW reformbedürftig, denn es ist überfrachtet. Hier sollte erwogen werden, Wertgrenzen aufzuweichen und die Vergabe von Aufträgen grundsätzlich zu vereinfachen.

Dr. Ron Brinitzer forderte Investitionen in die Infrastruktur NRW ein. Im Sinne seiner Mitglieder forderte er außerdem verlässliche Rahmenbedingungen von der Politik. Unternehmen bräuchten mehr Verlässlichkeit bei der Planung von Projekten. Diese seien wichtig, damit sich das Klima für Investitionen in Innovationen in NRW verbessere. Nicht zuletzt sprach er das Thema Flächenausweisungen an. Unternehmen, die Mitarbeiter beschäftigten, benötigten Platz. Das müsse bei Flächenausweisungen berücksichtigt werden.

Zusammenfassend stellte er fest, dass die Wirtschaft in NRW im globalen Maßstab bereits umweltfreundlich produziere. Gerade die Wirtschaft am Niederrhein biete viele Produkte mit einer guten Umweltbilanz an. Ziel müsse es sein, diese Produkte zu exportieren, um den Klima- und Umweltschutz weltweit zu unterstützen.

Dr. Peter Jahns stellte im Hinblick auf die Ressourceneffizienz bei Unternehmen noch viel Potenzial fest. Die Beratung der Unternehmen müsse vor Ort stattfinden und die einzelnen Berater noch besser geschult werden. Grundsätzlich reiche oft nur eine kleine Hilfestellung an einigen wenigen Stellen aus, um Bewegung in den Markt zu bekommen.

Dr. Anke Schirocki wiederholte ihre Forderung, den konventionellen Landbau bei den Förderungsmaßnahmen der Umweltwirtschaft nicht auszuschließen.

Rainer Thiel forderte, dass die Wirtschaftsbetriebe als Garant vieler Arbeitsplätze vor Ort durch politische Rahmensetzung auf nationaler und internationaler Ebene nicht überfordert werden sollten. Er machte deutlich, dass bei einer Umwelteinschätzung alle Stationen einer Produktionskette betrachtet werden sollten und kritisierte zugleich, dass der heutige Fokus noch zu stark auf der energieintensiven Industrie liegen würde.

Alexandra Landsberg bedankte sich für die Anregungen und den Input. Ziel der Wirtschafts- und Standortforen sei es, die konkreten Bedarfe der Unternehmen in den Regionen zu erfragen und die Förderung dann gezielt darauf auszurichten. Die Landesregierung verfolge dabei einen klaren Zeitplan. Der Masterplan werde noch in diesem Jahr dem Kabinett vorgelegt. Der nächste Umweltwirtschaftsbericht sei bereits geplant und ermögliche einen spannenden Blick in die Entwicklung der Branche.

Moderatorin Beate Kowollik bedankte sich bei allen Beteiligten für viele Ideen und Forderungen und eine gelungene Veranstaltung. Beim abschließenden Imbiss stand dann der persönliche Austausch im Vordergrund.